

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/6963 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/6800 –

Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung
„Reformen der Beschäftigung“

A. Problem

Der Jahreswirtschaftsbericht 1997 enthält kein schlüssiges Konzept, mit dem die anhaltende Schwäche der Investitionen und der Binnennachfrage sowie die nachlassende Innovationsfähigkeit überwunden werden können.

Die bestehende Wirtschafts- und Beschäftigungskrise soll mit einem neuen Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik überwunden werden, der neue wirtschaftliche Dynamik schafft.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten der öffentlichen Haushalte wurden nicht erörtert.

E. Kosten für die Wirtschaft

Kosten für die Wirtschaft wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache
13/6963 – abzulehnen.

Bonn, den 23. April 1997

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Paul K. Friedhoff
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Paul K. Friedhoff**I.**

Der Entschließungsantrag wurde in der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Februar 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 26. Februar 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD, der Mitglieder der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 12. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 16. April 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 16. April 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 16. April 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

III.

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion enthält der Jahresbericht 1997 kein schlüssiges Konzept, mit dem die Schwäche der Investitionen und der Binnennachfrage sowie die nachlassende Innovationsfähigkeit in Deutschland überwunden werden können. Die Wachstumsprognose der Bundesregierung von 2,5 % sei unrealistisch. Die falsche Basis im Jahreswirtschaftsbericht sowie eine parallele Sparpolitik führten dazu, daß die Ziele der Einhaltung der Maastricht-Kriterien und der Schaffung zusätzlicher Beschäftigung verfehlt würden. Die Antragsteller führen die gegenwärtige hohe Arbeitslosigkeit auf Fehler der Bundesregierung zurück. Kritisiert wird unter anderem, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allein auf die Auslandsnachfrage gesetzt werde. Auch sei das von den Gewerkschaften angebotene Bündnis für Arbeit ausgeschlagen worden. Die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen hätten zu einem Sozialabbau geführt, der der Beschäftigung nicht genutzt und den sozialen Konsens geschädigt habe. Es sei falsch, in Zeiten steigender Massenarbeitslosigkeit die Staatshaushalte insbesondere bei Investitionen und aktiver Arbeitsmarktpolitik zurückzufahren, anstatt Konjunktur und Beschäftigung zu stabilisieren und die Haushalte im Aufschwung zu konsolidieren. Mit der Abschaffung des Schlechtwettergeldes und der zögerlichen Behandlung des Entsendegesetzes sei die Bauwirtschaft als Konjunkturlokomotive geschwächt worden. Ein großer Teil der Kosten der deutschen Vereinigung sei

den Sozialkassen aufgebürdet worden. Dies habe eine Explosion der Lohnnebenkosten ausgelöst.

Der Antrag zielt auf einen neuen Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik. Gefordert wird unter anderem eine gemeinsame Beschäftigungspolitik und eine Sozialunion auf europäischer Ebene, eine schnelle Verwirklichung der Steuerreform und eine Mittelstands- und Existenzgründungsinitiative. Ferner sollen durch ein Stützungsprogramm für die ostdeutsche Wirtschaft, ein ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm, ein Reform- und Investitionsprogramm für Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ein Programm zur Modernisierung beruflicher Bildungsstätten und eine dauerhafte Verstärkung der Forschungsförderung neue Arbeitsplätze in neuen dynamischen Wirtschaftszweigen geschaffen werden. Darüber hinaus werden Maßnahmen zu einer Senkung der Lohnnebenkosten durch Befreiung der Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen und durch vollständige Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen für ein-

fache Arbeitsplätze gefordert. Schließlich hält die antragstellende Fraktion eine Modernisierung des Staates und eine Reform der öffentlichen Verwaltung für dringend erforderlich. Die Effizienz staatlichen Handelns soll durch ein Haushaltsrecht erhöht werden, das mehr Flexibilität und Transparenz ermögliche. Dies soll insbesondere durch Einführung von Budgets, Globalhaushalten, Controlling-Verfahren und durch eine durchgehende Kosten- und Leistungsrechnung erreicht werden.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 54. Sitzung am 23. April 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Gruppe der PDS beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/6963 – zu empfehlen.

Bonn, den 23. April 1997

Paul K. Friedhoff

Berichterstatter